

Peter Birle

Interessengruppen und soziale Bewegungen

Einleitung

“¡Que se vayan todos!” (Alle sollen abhauen!), skandierten die Demonstranten im Dezember 2001 und in den Monaten danach bei ihren Protestaktionen in Buenos Aires und in ganz Argentinien. Soziale Bewegungen und große Teile der Mittelschicht richteten sich mit ihren Protesten in seltener Einigkeit gegen die gesamte politische Klasse des Landes, die sie für die tiefe wirtschaftliche und soziale Krise verantwortlich machten. Straßenblockaden, Stadtteilversammlungen und Fabrikbesetzungen etablierten sich als Formen der politischen Organisation und Mobilisierung, durch die die überkommenen Muster der politischen Repräsentation radikal in Frage gestellt wurden. Die großen Gewerkschaften, seit Mitte des 20. Jahrhunderts ein zentraler Akteur der argentinischen Zivilgesellschaft, blieben eher am Rande der Proteste.

Zehn Jahre später ist das Land wieder zur Ruhe gekommen, die wirtschaftliche Situation hat sich deutlich verbessert, die soziale Situation ist nicht gut, aber auch nicht mehr derart aufgewühlt wie während der Krise von 2001/2002. Den Regierungen von Präsident Néstor Kirchner (2003-2007) und Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner (seit Dezember 2007) ist es dank einer bis 2008 günstigen weltwirtschaftlichen Konjunktur im Rahmen einer neo-desarrollistischen Entwicklungsstrategie gelungen, die durch den kruden Neoliberalismus der 1990er Jahre verursachten wirtschaftlichen und sozialen Probleme zumindest ansatzweise zu bekämpfen. Es stellt sich die Frage, inwiefern die soziale Mobilisierung und die politische Repräsentation im heutigen Argentinien noch durch die Ereignisse zu Beginn des Jahrzehnts geprägt werden. Zumindest eines ist offensichtlich: Die traditionelle politische Klasse ist nicht “abgehauen”, auch wenn die älteste politische Partei des Landes, die *Unión Cívica Radical*, in einer tiefen Krise steckt. Anders

als in Ländern wie Bolivien oder Venezuela ist es nicht zu einem radikalen Elitenwechsel in der argentinischen Politik gekommen.¹

Der folgende Beitrag skizziert zunächst kurz die Entwicklung der argentinischen Zivilgesellschaft seit dem Aufkommen des Peronismus gegen Mitte des 20. Jahrhunderts bis zum Ende der Regierung von Präsident Raúl Alfonsín (1983-1989). Als Zivilgesellschaft bezeichne ich dabei eine zwischen Privatsphäre (Individuum, Familie) und Staat angesiedelte Sphäre des politischen Gemeinwesens, in der Kollektivakteure, die über ein Mindestmaß an Autonomie gegenüber dem Staat verfügen und deren Zielsetzungen sich im weitesten Sinne an öffentlichen Belangen orientieren, Interessen, Werte und Forderungen artikulieren. Die Akteurspalette einer so verstandenen Zivilgesellschaft umfasst eine Vielzahl formaler und informeller Organisationen, sie reicht von Interessengruppen wie Gewerkschaften und Unternehmerverbänden über religiöse Gruppierungen und soziale Bewegungen (Menschenrechts-, Stadtteil-, Frauen-, Umweltgruppen, etc.) bis hin zu Nichtregierungsorganisationen (ausführlicher: Birle 2000).²

Im zweiten Abschnitt geht es um die Auseinandersetzungen zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Staat während der Regierungszeit von Präsident Menem (1989-1999). Der dritte Abschnitt widmet sich den neuen Formen des sozialen Protests im Zuge der Krise von 2001/2002. Abschließend erfolgt ein Blick auf die aktuelle Situation der argentinischen Zivilgesellschaft.

1. Interessengruppen und soziale Bewegungen bis 1983

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde die soziale Mobilisierung in Argentinien stark durch den Peronismus und die durch ihn gestifteten gesellschaftlichen und politischen Identitäten geprägt. Nicht die Vielfalt der sozialen Akteure stand dabei im Mittelpunkt, sondern die Vorstellung von einem einheitlichen Volk, dessen Wille durch eine nationale Bewegung zum Ausdruck gebracht wird. Die durch den Peronismus etablierten Beziehungsmuster zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Staat trugen nicht zu

1 Zur Entwicklung des Parteiensystems siehe den Beitrag von Ana Mustapic in diesem Band; zur Entwicklung der Sozialstruktur siehe den Beitrag von Carla del Cueto und Mariana Luzzi; zum Verlauf der Krise von 2001 siehe den Beitrag von Jonas Wolff.

2 Die Menschenrechtsbewegung ist ein zentraler Bestandteil der argentinischen Zivilgesellschaft. Ich verzichte jedoch in diesem Beitrag auf eine Darstellung ihrer Entwicklung, da dies bereits in dem Beitrag von Feld/Jelin thematisiert wird. Zur Erinnerungskultur in Argentinien siehe auch die Beiträge in Birle/Gryglewski/Schindel 2009.

einer Stärkung der Demokratie bei, denn große Teile der Bevölkerung wurden nicht in erster Linie durch die Garantie *politischer* Rechte, sondern durch die von einem "vormundschaftlichen" Staat gewährten *sozialen* Rechte (Arbeits- und Sozialgesetzgebung) in das politische Gemeinwesen integriert. Die geringe Marktautonomie der ökonomischen Gesellschaft führte dazu, dass die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Akteure zur Verwirklichung ihrer Ziele und Durchsetzung ihrer Forderungen weitgehend vom Staat abhingen. Vor diesem Hintergrund konnten sich Vorstellungen von individuellen bürgerlichen Rechten und einer Sphäre negativer Freiheiten gegenüber dem Staat kaum durchsetzen. Nur wenige zivilgesellschaftliche Akteure setzten sich für individuelle Rechte oder den Schutz von Minderheiten ein. Unter den Akteuren der Zivilgesellschaft und der politischen Gesellschaft bestand bis in die 1970er Jahre kein Konsens im Hinblick auf eine grundsätzliche Wertschätzung der politischen Demokratie.

1976 putschte sich eine rechte Militärdiktatur an die Macht, zu deren wichtigsten Zielen die bis zur physischen Vernichtung gesteigerte Ausgrenzung der im Zuge der populistischen Bündnispolitik inkorporierten und nicht mehr zu kontrollierenden zivilgesellschaftlichen Akteure gehörte (O'Donnell 1979). Die Erfahrung der Diktatur war für Argentinien insofern nicht neu, als die Militärs dort bereits in der Vergangenheit wiederholt ins politische Geschehen eingegriffen hatten. Neu war allerdings, dass die Streitkräfte ihre Machtergreifung nicht als kurzfristige Intervention, sondern als *auf unbestimmte Zeit* angelegte Herrschaft konzipiert hatten. Das Militärregime versuchte nie, *alle* zivilgesellschaftlichen Organisationen unter seine Kontrolle zu bringen oder vollständig zu eliminieren. Neben der katholischen Kirche konnten auch die Unternehmerverbände relativ frei agieren (Birle 1995). Die staatliche Repression richtete sich neben der Guerilla in erster Linie gegen die Organisationen der städtischen Unterschichten, die Gewerkschaften und Bauernorganisationen – kurz, gegen alle Akteure, die die überkommenen Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen in Frage stellten.

Die vorautoritäre Situation war durch extreme Gewalt und bürgerkriegsähnliche Zustände charakterisiert gewesen, weshalb große Teile der Gesellschaft die Machtübernahme des Militärs zur Wiederherstellung von "Ruhe und Ordnung" zunächst akzeptierten. Die Legitimation des Regimes nahm jedoch in dem Maße ab, wie sich die staatliche Repression ausweitete und unkalkulierbarer wurde. Die Existenz eines verdeckt agierenden Repressionsapparates, der Tausende von Menschen "verschwinden" ließ, führte zu einer "Kultur der Angst". Oppositionelle zivilgesellschaftliche Aktivitäten

waren bis Anfang der 1980er Jahre so gut wie unmöglich. Die einzige Kraft, die es schon früh wagte, an die Öffentlichkeit zu gehen, war die Menschenrechtsbewegung. Zunächst handelte es sich nur um kleine Gruppen, allen voran die 1977 erstmals in Erscheinung getretenen und später weltweit bekanntgewordenen *Madres de Plaza de Mayo*, die von den Machhabern Auskunft über das Schicksal ihrer "verschwundenen" Kinder forderten. Lange Zeit ernteten sie international mehr Aufmerksamkeit als in Argentinien selbst, wo sie zunächst weitgehend ignoriert und selbst teilweise zu Opfern der Repression wurden.

Die "Wiedergeburt" der Zivilgesellschaft in der Endphase der Diktatur mündete in erhebliche Mobilisierungen in der Anfangsphase der ersten demokratischen Regierung unter Präsident Alfonsín. Insbesondere die Menschenrechtsbewegung war in dieser Zeit sehr aktiv. Ab 1987 machte sich in großen Teilen der Gesellschaft allerdings Enttäuschung über die mangelnde Responsivität der Regierung breit. Die peronistischen Gewerkschaften übernahmen demgegenüber immer wieder die Rolle einer Ersatzopposition für die kriselnde peronistische Partei. Dreizehn Generalstreiks trugen mit dazu bei, die Regierbarkeit zu untergraben, und die Unkontrollierbarkeit der sozialen Situation zwang die Administration letztendlich zu einem vorzeitigen Rücktritt (ausführlicher Birle 2002b).

2. Verbände und soziale Bewegungen in den 1990er Jahren

2.1 Die Gewerkschaften

Die von der Regierung Menem zwischen 1989 und 1999 durchgeführten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Reformen führten zu einer grundlegenden Veränderung der Rahmenbedingungen für das Handeln von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden und zu einer Modifikation der wechselseitigen Beziehungen zwischen Verbänden und Staat. Zu den wichtigsten Wirtschaftsreformen gehörten die Privatisierung fast aller großen staatlichen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, die Deregulierung des Binnenmarktes und die Außenöffnung der Volkswirtschaft durch den Abbau von Schutzzöllen. Zusammen mit der Anbindung der Landeswährung an den US-Dollar bewirkten diese Maßnahmen eine Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Situation und führten in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zu nicht unbeträchtlichen Wachstumsraten. Gleichzeitig kam es durch diese Politik innerhalb weniger Jahre zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf

fast 20%, einer massiven Zunahme der Unterbeschäftigung und einem ebenso starken Anstieg prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

Bestandteil der Reformen war eine Abkehr vom überkommenen Modell der Arbeitsbeziehungen, d.h. insbesondere die Reduzierung der staatlichen Intervention und Regulierung, die Flexibilisierung des Arbeitsvertragsrechts und die Dezentralisierung der Kollektivverhandlungen. Das Streikrecht im öffentlichen Dienst wurde eingeschränkt. Erstmals wurde der Abschluss von befristeten Verträgen ermöglicht. Ab 1993 konnten Tarifverhandlungen auch auf betrieblicher Ebene und nicht wie zuvor nur auf Branchenebene geführt werden. Die von den Arbeitgebern zu leistenden Sozialabgaben für die Beschäftigten sanken. Das Umfeld für die Verbände änderte sich auch durch das Aufkommen neuer Beschäftigungsformen außerhalb des Bereichs der Lohnarbeit. Dazu gehörten Vertragsarbeit, Subunternehmertum und ähnliche Formen von Arbeit, bei denen die Voraussetzungen für eine Rekrutierung von Gewerkschaftsmitgliedern kaum noch gegeben sind (Palomino 2002). Insgesamt erfuhren die Gewerkschaften durch die geschilderten Entwicklungen eine erhebliche Schwächung, die sich auch in einer rückläufigen Mitgliederentwicklung und sinkenden Beitragszahlungen niederschlug.

Die mehrheitlich peronistischen Gewerkschaften hatten Menem während des Wahlkampfes unterstützt und erwarteten von "ihrer" Regierung, dass sie ihnen Mitspracherechte bei politischen Entscheidungsprozessen einräumen würde. Umso größer war der Schock, als die Regierung mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik die traditionelle Rolle der Gewerkschaften in Frage stellte. Trotzdem kam es nicht zu einer geschlossenen Opposition der Arbeiterbewegung gegen die Regierung Menem. Die historischen Bindungen an den Peronismus führten dazu, dass die meisten Gewerkschaften sich trotz großer Unzufriedenheit zu einer gewissen Grundloyalität gegenüber der Regierung verpflichtet fühlten. Zudem herrschte keine Einigkeit darüber, mit welcher Strategie man auf die "neoliberale Revolution" reagieren sollte.

Innerhalb des Dachverbandes *Confederación General del Trabajo* (CGT) zeichneten sich 1989 vier große Strömungen ab, die jeweils unterschiedliche Haltungen gegenüber der Regierung einnahmen. Die "menemistischen Hardliner" unterstützten die Politik der Regierung und wurden zu privilegierten Partnern bei der Privatisierung der öffentlichen Unternehmen. Eine zweite Strömung, die später als *sindicatos gordos* bezeichnet wurde, setzte auf Verhandlungen und Kompromisse mit der Regierung, bewahrte sich aber dabei eine gewisse Autonomie. Demgegenüber beanspruchten die orthodox-peronistischen Gewerkschaften die Wiederher-

stellung einer privilegierten gewerkschaftlichen Rolle innerhalb der peronistischen Regierung und forderten eine nationalistische Wirtschaftspolitik. Eine vierte Strömung formulierte eine frontale Opposition gegenüber dem neoliberalen Kurs. Im Oktober 1989 kam es zur Spaltung der CGT. Neben einem regierungsfreundlichen Dachverband (CGT-San Martín) konstituierte sich ein regierungskritischer Dachverband (CGT-Azopardo), der den neoliberalen Kurs der Regierung radikal in Frage stellte.

Der deutliche Wahlsieg des Peronismus bei den Parlamentswahlen von 1991 und der geringe Zuspruch, den Gewerkschaftler erhielten, die auf Listen oppositioneller Parteien zu diesen Wahlen antraten, führten in den Reihen der Arbeiterbewegung zu einem erneuten Strategiewechsel. Angesichts der Drohung der Regierung, die Sozialwerke zu deregulieren und damit der gewerkschaftlichen Kontrolle zu entziehen, kam es im Mai 1992 zu einer Wiedervereinigung der beiden CGTs. Noch im gleichen Jahr entstand dann aber mit der CTA (zunächst *Congreso de los Trabajadores Argentinos*, ab 1997 *Central de los Trabajadores Argentinos*) ein alternativer gewerkschaftlicher Dachverband. Zudem kristallisierte sich innerhalb der CGT mit dem MTA (*Movimiento de Trabajadores Argentinos*) eine weitere dissidente Strömung heraus.

CGT, MTA und CTA setzten zur Durchsetzung ihrer Ziele auf unterschiedliche Strategien. Die offizielle CGT ließ sich ihre Zustimmung zur Politik der Regierung durch Konzessionen bei den sozialpolitischen Reformen, der Regulierung der Sozialwerke und der Arbeitsgesetzgebung sowie durch finanzielle Unterstützung für die Gewerkschaftskasse abringen. Erst als sich die wirtschaftliche und soziale Situation ab 1996 verschlechterte, wuchs die Distanz gegenüber der peronistischen Regierung.

Im MTA schlossen sich ab 1994 vor allem orthodox-peronistische Gewerkschaften aus dem Transportsektor zusammen, die einen konfliktorientierten Kurs gegenüber der Regierung forderten. Dazu gehörten die Transportarbeitergewerkschaft UGTT (*Unión General de Trabajadores del Transporte*) und die Gewerkschaft der LKW-Fahrer UTA (*Unión Tranvarios Automotor*). Es handelte sich um äußerst konfliktfähige Gewerkschaften, die mit ihren Streik- und Protestaktionen schnell die gesamte Wirtschaft paralysieren konnten. Trotz aller Opposition gegenüber der Führung der offiziellen CGT vermied die MTA bis ins Jahr 2000 einen endgültigen Bruch und versuchte wiederholt, einen Richtungswechsel der CGT herbeizuführen. Im Frühjahr 2000 kam es dann jedoch im Streit um die Reform der Arbeitsgesetzgebung doch zum formalen Bruch mit der CGT.

Als schärfster Kritiker der Regierungspolitik im gewerkschaftlichen Lager etablierte sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre die CTA. Ihre Gründung wurde von zwei großen und kämpferischen Gewerkschaften der öffentlichen Bediensteten vorangetrieben, der *Asociación de Trabajadores del Estado* (ATE) und der *Confederación de los Trabajadores de la Educación de la República Argentina* (CTERA). Hinzu gesellten sich verschiedene kleinere Dienstleistungsgewerkschaften, aber auch Arbeitslosen-, Rentner- und Frauengruppen sowie einige NGOs, so dass die CTA in mancherlei Hinsicht eher einer sozialen Bewegung als einem Gewerkschaftsdachverband entsprach. Die CTA kritisierte nicht nur die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Menem, sondern – im Unterschied zu CGT und MTA – auch das überkommene Gewerkschaftsmodell, insbesondere die Abhängigkeit der Gewerkschaften von der politischen Macht und ihre „Komplizenschaft mit der wirtschaftlichen Macht“ (Godio 2000: 1196). Sie vertrat den Anspruch, unabhängig von Parteien, Regierungen oder Unternehmern zu agieren. Die CTA gehörte in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zu den wichtigsten Initiatoren sozialer Protest- und Mobilisierungskampagnen gegen die peronistische Regierung. Gegenüber den anderen Gewerkschaftsdachverbänden zeichnete sie sich auch dadurch aus, dass sie Intellektuelle und Sozialwissenschaftler gezielt in ihre Arbeit einbezog. Zu diesem Zweck entstanden im Umfeld des Verbandes mehrere Forschungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungszentren (Palomino 2002).

Trotz der Spaltung in konkurrierende Dachverbände kam es ab Mitte der neunziger Jahre wiederholt zu gemeinsamen gewerkschaftlichen Protesten gegen die Politik der Regierung Menem. Ab 1994 schloss sich auch die parteipolitische Opposition zum Teil diesen Protesten an. So fand im Juli 1994 ein „föderaler Marsch“ statt, zu dem CTA, MTA und die linksgerichtete Gewerkschaftsströmung *Corriente Clasista Combativa* (CCC) gemeinsam aufriefen. Zu gemeinsamen Aktionen von CTA, MTA und CCC kam es insbesondere im öffentlichen Dienst und im Transportsektor. In der Industrie, im Handel und den übrigen Dienstleistungsbranchen verfügten diese dagegen nur über geringe Unterstützung.

Ab 1997 wuchs auch die Distanz der CGT gegenüber der Regierung Menem. Innerhalb des Verbandes mussten die „menemistischen Hardliner“ ihre führende Rolle an die zwar verhandlungsbereiten, aber regierungskritischer eingestellten *sindicatos gordos* abtreten. In der Folge fanden auch gemeinsame Aktivitäten mit MTA und CTA statt. In der Endphase der Regierung Menem verbreiterte sich die Protestbewegung gegen die Politik der

Administration dann noch einmal. Wiederholt gingen die verschiedenen Gewerkschaftsdachverbände gemeinsam mit Verbänden der Klein- und Mittelunternehmer, Studenten-, Menschenrechts- und Rentnerverbänden sowie oppositionellen Parteien auf die Straße.

2.2 Neue soziale Akteure

Zum Protestrepertoire der argentinischen Gewerkschaften gehörten traditionell vor allem (General)streiks, Protestmärsche und Großkundgebungen. Von diesen Instrumenten machten die Gewerkschaften in den 1990er Jahren immer weniger Gebrauch, denn sie hatten aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit mit wachsenden Mobilisierungsschwierigkeiten zu kämpfen. Gleichzeitig bildeten sich neue Protestformen heraus, die nur zum Teil unter Beteiligung der Gewerkschaften zustande kamen.

Ab Mitte der 1990er Jahre gewannen im ganzen Land Arbeitslosenorganisationen an Sichtbarkeit und Bedeutung. Die Entstehung dieser Organisationen stand in enger Verbindung mit den Auswirkungen der durch die Regierung Menem in Gang gesetzten Transformationsprozesse. Insbesondere in einigen kleinen Städten des Landesinneren führte die Umstrukturierung der Wirtschaft nicht nur zum Verlust von zahlreichen Arbeitsplätzen, sondern zum weitgehenden Verschwinden des gesamten arbeitsweltlichen Umfeldes, das sich aufgrund der industriellen Produktion herausgebildet hatte. Viele große Staatsunternehmen waren in randständigen Regionen des Landes angesiedelt und stellten dort oft die einzige nennenswerte Beschäftigungsmöglichkeit dar. Sie waren Entwicklungspole, von denen ganze Stadtteile, Schulen und Klubs in der einen oder anderen Form abhingen. Daher führte die Privatisierung und Rationalisierung der großen Staatsunternehmen oft zu gravierenden Folgen für ganze Städte und Regionen.

In einigen von den Privatisierungen betroffenen Regionen des Landesinneren bildeten sich im Laufe der 1990er Jahre neue Protestformen heraus, die Straßenblockaden oder *piquetes*. Für die Teilnehmer an diesen Protestaktionen setzte sich bald die Bezeichnung *piqueteros* durch. Die Arbeitslosen betrachteten die Blockaden als das einzige Mittel, um die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich zu ziehen und ihre Forderungen durchzusetzen, denn Streiks waren für sie keine Option. Ihre zentralen Forderungen lauteten: Arbeit und staatliche Unterstützungsleistungen. Wichtige Motive für die *piqueteros* waren neben der Rückgewinnung politischer Handlungsfähigkeit und den staatlichen Konzessionen auch das Erlebnis eines Gemeinschaftsge-

fühls und einer kollektiven Identität sowie das Gefühl persönlicher Würde und Selbstachtung.³

Die Proteste zwangen staatliche Institutionen dazu, mit den Arbeitslosen zu verhandeln und deren Forderungen zumindest teilweise nachzugeben. Die Verhandlungserfolge ermunterten Arbeitslosenorganisationen auch in anderen Landesteilen dazu, zum Instrument des *piquete* zu greifen. In der Folge bildete sich ein Muster von Protesten, Straßenblockaden und anschließenden Verhandlungen heraus, das sich in vielen Teilen des Landes wiederholte. Die zunächst meist als Stadtteilbewegungen organisierten *piqueteros* schlossen sich im Laufe der Zeit zu diversen Gruppierungen und nationalen Föderationen zusammen und konnten auf diese Art und Weise beträchtliche Verhandlungskapazitäten generieren, insbesondere im Bereich der Sozialpolitik (Massetti 2004; Pereyra 2008: 74ff.).

Die *piquetero*-Bewegung war nie homogen, sondern von Anfang an geprägt durch unterschiedliche Organisationstraditionen und politisch-ideologische Strömungen. Sie speiste sich aus zwei zentralen Quellen: einerseits den Straßenblockaden und Protesten, die ungefähr ab 1996 im Landesinneren stattfanden, und andererseits den Aktionen von Arbeitslosen im Großraum von Buenos Aires. Dort organisierten sich ab 1997 die Arbeitslosen in den Armenvierteln am Stadtrand. Ende der 1990er Jahre bestanden mehrere nationale Strömungen innerhalb der Bewegung. Zwischen Juli und September 2001 organisierten die *piqueteros* zwei nationale Versammlungen (*Asambleas Nacionales Piqueteras*). Dabei und in der Folgezeit zeigte sich jedoch, dass zwar ein negativer Konsens zwischen den verschiedenen Gruppierungen im Sinne einer Ablehnung des politischen und wirtschaftlichen Status Quo existierte, aber keine hinreichenden inhaltlichen Übereinstimmungen, um gemeinsame politische Positionen zu formulieren.

Ebenfalls in den 1990er Jahren kam es in verschiedenen Teilen des Landes zur Besetzung von Betrieben durch die jeweiligen Belegschaften. Motive für die Besetzungen waren die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Entlassungswellen, Lohnkürzungen, ausstehende Gehaltszahlungen und drohende Betriebsschließungen. Die kollektive Übernahme der Betriebe durch die Belegschaften erfolgte mit dem Ziel, die Produktion weiterzuführen, Fabrikschließungen zu verhindern und Arbeitsplätze zu erhalten. Ab Ende der 1990er Jahre bildeten sich landesweite Netzwerke der besetzten

3 Umfassende Darstellungen der *piquetero*-Bewegung finden sich bei Massetti 2004, Pereyra 2008, Schuster et al. 2005 und Svampa 2008. Zu Entstehung und Entwicklung der Arbeitslosenproteste siehe auch Wolff 2008: 146ff.

Betriebe heraus, deren Ziel ein wechselseitiger Informations- und Erfahrungsaustausch war.⁴

2.3 Die Unternehmerverbände

Als privilegierter Gesprächspartner der Regierung Menem kristallisierte sich zunächst eine Gruppe von Spitzenmanagern der großen Wirtschaftsgruppen unter Führung von *Bunge & Born* heraus. Der Konzern stellte sogar die beiden ersten Wirtschaftsminister der Menem-Administration. Die Unterstützung der Privatwirtschaft für den eingeschlagenen Stabilisierungskurs ermöglichte im Juli 1989 ein Preisstillhalteabkommen mit 350 führenden Unternehmen. In dieser Phase trat auch der seit 1983 mit öffentlichen Erklärungen zurückhaltende, durch enge Verbindungen mit der letzten Militärdiktatur diskreditierte, wirtschaftsliberale *Consejo Económico Argentino* (CEA) wieder stärker in Erscheinung. In Anzeigen unterstützte er die Wirtschaftspolitik, setzte sich für strukturelle Reformen ein und forderte die Unternehmer zu Preisdisziplin auf. Dass ausgerechnet der CEA – ein Vertreter *par excellence* des konservativen Establishments – einmal die Wirtschaftspolitik einer peronistischen Regierung loben würde, wäre einige Jahre zuvor noch undenkbar gewesen. Die meisten anderen Unternehmerverbände blieben zunächst am Rande des Dialogs zwischen Regierung und Privatwirtschaft. Ihr Einfluss auf die Politik war gering.

Die Industrieverbände zeigten sich bis Mitte der 1990er Jahre grundsätzlich zufrieden mit dem eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurs und der dadurch erreichten Stabilität, betonten aber bei jeder Gelegenheit die Notwendigkeit, die indirekten Produktionskosten weiter zu senken. In diesem Zusammenhang spielte die Flexibilisierung der Arbeitsgesetzgebung eine wichtige Rolle. Trotz Protesten der Gewerkschaften konnten sich die Unternehmer mit einem großen Teil ihrer diesbezüglichen Forderungen durchsetzen (Legalisierung von Beschäftigungsverhältnissen auf Zeit; Heraufsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit; Senkung der Abfindungs- bzw. Entschädigungszahlungen bei Entlassungen und Arbeitsunfällen; Bindung von Lohnerhöhungen an Produktivitätsfortschritte; Zulassung von Kollektivverhandlungen auf Betriebsebene, etc.).

Zwischen den Agrarverbänden und der Regierung Menem ergab sich folgende Konstellation: Die Großagrарier der *Sociedad Rural Argentina*

4 Viele Beispiele für Fabrikbesetzungen und die damit verbundenen Motive finden sich bei Acuña et al. 2007. Siehe auch Boris/Tittor 2006: 86ff.

(SRA) und mit Abstrichen auch die *Confederaciones Rurales Argentinas* (CRA) begegneten der Wirtschaftspolitik grundsätzlich mit Zustimmung. Dies war insofern nicht verwunderlich, als die Regierung die Agrarexportabgaben abschaffte und für einen nahezu vollständigen Rückzug des Staates aus der Regulierung von Anbau und Vermarktung der Agrarproduktion sorgte. Die von der *Federación Agraria Argentina* (FAA) und der *Confederación Intercooperativa Agropecuaria Limitada* (CONINAGRO) vertretenen kleineren und mittleren Produzenten standen der Regierung dagegen von Anfang an kritisch gegenüber. Zwar begrüßten auch sie die Abschaffung der Exportabgaben, aber sie forderten Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der kleinen und mittleren Produzenten. Ab 1993 gingen bis auf die SRA alle Agrarverbände auf Distanz zur Regierung Menem. FAA, CRA und CONINAGRO forderten eine Wende in der Kredit-, Steuer- und Wechselkurspolitik. Auch in den Reihen der SRA machte sich Skepsis breit, sie bekannte sich jedoch grundsätzlich weiterhin zu dem eingeschlagenen Regierungskurs (Birle 1995a: 348ff.).

Die Politik der Regierung Menem führte nicht nur zu einer grundlegenden Umgestaltung der Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln, sondern auch zu einer dramatischen Veränderung der Unternehmenslandschaft. Viele alteingesessene Unternehmen und ganze Holdings verschwanden oder wurden von zumeist ausländischen Kapitaleignern aufgekauft. Die Privatisierungs- und Marktöffnungspolitik sowie die neu eingeführte Gleichbehandlung von ausländischem und einheimischem Kapital machten Argentinien in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zu einem attraktiven Anlagemarkt für ausländische Investoren. Transnationale Konzerne und ausländische Investitionsfonds kauften viele der einstmals mächtigsten Unternehmen und Konzerne des Landes auf. Andere nationale Unternehmen hielten dem Wettbewerbsdruck nicht stand und mussten ihre Aktivitäten entweder ganz einstellen oder stark reduzieren. Die Anzahl ausländischer Unternehmen unter den 500 größten Unternehmen des Landes erhöhte sich von 116 im Jahr 1990 auf mehr als 300 im Jahr 2000.

Diese Entwicklungen hatten auch Konsequenzen für die Verbändelandschaft: Im Finanzsektor führte das weitgehende Verschwinden der nationalen Geschäftsbanken 1998 zu einer Fusion der beiden wichtigsten Verbände zur *Asociación de Bancos Argentinos* (ABA). Im Dienstleistungssektor und im Handel entstanden neue mächtige Verbände, vor allem die der privaten Rentenversicherer und der großen Supermarktketten. Innerhalb der *Unión Industrial Argentina* (UIA) wuchsen die Spannungen zwischen den wenigen

noch verbliebenen nationalen Großkonzernen, den ausländischen Konzernen und den nationalen Klein- und Mittelunternehmen, die angesichts der neuen Rahmenbedingungen und aufgrund der in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre einsetzenden Rezession ums Überleben kämpften.

Die Spannungen zwischen den Gewinnern und den Verlierern des wirtschaftspolitischen Kurses verstärkten sich, je mehr die Wirtschaft in eine allgemeine Krise geriet. Im April 1999 wurde der Kleinunternehmer Osvaldo Rial an die Spitze der UIA gewählt, womit sich verbandsintern die Menem-Kritiker und Befürworter einer stärkeren Unterstützung für die einheimische Industrie durchgesetzt hatten. Rial formulierte offen die Interessensunterschiede zwischen der Industrie einerseits und dem Finanzsektor sowie den großen privatisierten Dienstleistungsunternehmen andererseits. Er forderte von der Regierung Maßnahmen zur Unterstützung der einheimischen Produzenten, insbesondere günstigere Kreditzinsen, mehr Schutz vor der ausländischen Konkurrenz und eine Ankurbelung des Konsums.

Insgesamt reduzierte sich die politische Bedeutung der Unternehmerverbände in den 1990er Jahren. Während die wichtigsten Verbände traditionell von bedeutenden Mitgliedern des einheimischen Establishments geführt wurden, gelangten im Laufe der neunziger Jahre einige in wirtschaftlicher Hinsicht zweitrangige Unternehmer an die Spitze großer Verbände. Dies galt beispielsweise für die traditionsreiche UIA, deren politisches Gewicht sich dadurch verringerte. Erschwerend kam hinzu, dass einige der neuen Mitglieder des unternehmerischen Establishments und insbesondere die mehrheitlich in ausländischer Hand befindlichen Konzerne wenig Neigung zu verbandspolitischem Engagement zeigten. Sie verfügten über genügend Macht, um ihre spezifischen Anliegen direkt gegenüber politischen Entscheidungsträgern vorzubringen und waren nicht auf den "Umweg" über die Verbände angewiesen. Leidtragende dieser Entwicklung waren die ohnehin von der Krise am stärksten gebeutelten nationalen Klein- und Mittelunternehmen.

3. Die Krise von 2001 und ihre Folgen

Mit dem Wahlsieg des *Alianza*-Bündnisses aus UCR und *Frente País Solidario* (FREPASO) bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1999 verbanden große Teile der argentinischen Gesellschaft die Hoffnung auf einen Erhalt der unter Präsident Menem erlangten wirtschaftlichen Stabilität bei gleichzeitiger Einlösung der zentralen Wahlversprechen der neuen Regierung: Arbeit, Erziehung und Gerechtigkeit. Mit dem Antritt der Regierung De la Rúa deutete sich auch die Möglichkeit einer Erneuerung des Verhält-

nisses zwischen Parteien und Verbänden an. Ein Teil der Gewerkschaften, insbesondere die CTA und deren Mitgliedsverbände, standen in engem Kontakt mit den Koalitionspartnern UCR und FREPASO und hatten die Wahl von Präsident De la Rúa unterstützt. Damit zeichnete sich eine Aufweichung der engen Verzahnung zwischen Gewerkschaften und Peronismus im Sinne einer Pluralisierung der Gewerkschaftslandschaft ab.

Die knapp zweijährige Amtszeit von Präsident De la Rúa erfüllte jedoch keine der in sie gesetzten Hoffnungen. Die hilflose und innerlich zerstrittene Regierungskoalition war von Anfang an nicht dazu in der Lage, angemessen auf die großen Herausforderungen zu reagieren, die sich aufgrund des schweren Erbes der zehnjährigen Regierungszeit von Carlos Menem stellten. Mit dem raschen Zerfall der Regierungskoalition standen auch die "erneuerten" Teile der Gewerkschaftsbewegung mit ihrer Suche nach einer neuen politischen Identität vor einem Scherbenhaufen (Birle 2002a).

Als die Regierung De la Rúa Anfang Dezember 2001 per Dekret den Zugriff der Bürger auf ihre Bankkonten stark einschränkte, löste sie damit überall im Land Proteste aus. Die Mittelschicht brachte ihre Empörung in sogenannten *cacerolazos* zum Ausdruck, bei denen die Protestierenden u.a. durch das lautstarke Schlagen auf Kochtöpfe (*cacerolas*) auf sich aufmerksam machten. In Buenos Aires bildeten sich in vielen Stadtteilen Versammlungen, bei denen über die schwierige wirtschaftliche und soziale Situation gesprochen wurde.

Nach dem vorzeitigen Rücktritt von Präsident De la Rúa erlebte Argentinien eine der schwersten politischen Krisen seiner Geschichte. Anders als Ende der 1980er Jahre, als die Proteste der Gewerkschaften und das Verhalten eines Teils der Privatwirtschaft zum vorzeitigen Ende der Regierung Alfonsín beigetragen hatten, spielten die traditionellen Verbände bei den Protesten zur Jahreswende 2001/2002 keine führende Rolle. Ein zentrales Motiv der Bürgerinnen und Bürger für das oft spontane Engagement in Stadtteilbewegungen und bei Protestaktionen war die Enttäuschung gegenüber sämtlichen politischen Akteuren. Davon betroffen waren nicht nur Regierung, Parlament, Justiz und Parteien, sondern auch Gewerkschaften und Unternehmerverbände. Bei einer im Mai 2002 durchgeführten Umfrage beurteilten 78% der Befragten das Handeln der Gewerkschaften als negativ, 13% als mittelmäßig und nur 4% als positiv (5% keine Antwort) (*La Nación Line*, 19.5.2002).

Nach den chaotischen politischen und sozialen Verhältnissen zur Jahreswende 2001/2002 gelangt es unter Präsident Duhalde im Laufe des Jahres

2002, die Situation im Land etwas zu beruhigen. Die Proteste ließen langsam nach und die wirtschaftliche Situation stabilisierte sich. Aber erst nach den Wahlen von 2003 kam mit Néstor Kirchner ein Präsident ins Amt, der für eine längerfristige wirtschaftliche und soziale Erholung sorgen konnte. Ein kräftiges Wirtschaftswachstum, sinkende Arbeitslosenzahlen und zurückgehende Armutsraten führten auch zu einer Normalisierung der politischen Situation. Kirchner machte sich von Anfang an viele Forderungen der sozialen Bewegungen zu eigen. Er vollzog einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel im Sinne einer Abkehr vom neoliberalen Modell, er weitete die Sozial- und Fortbildungsprogramme für Arbeitslose stark aus und er sorgte für einen neuen Umgang des Staates mit den Menschenrechtsverletzungen während der letzten Diktatur. Gerade in der Anfangsphase seiner Regierung bemühte sich Kirchner intensiv um die Unterstützung der sozialen Bewegungen. Da er nach dem Rückzug von Ex-Präsident Menem vor der eigentlich 2003 notwendigen Stichwahl um das Präsidentenamt letztlich nur mit 22% der Wählerstimmen zum Präsidenten ernannt wurde, war seine Legitimationsbasis zunächst sehr gering. Kirchner gelang es jedoch, einen breiten gesellschaftlichen Rückhalt für seine Regierung zu gewinnen, unter anderem dadurch, dass er in einen intensiven Austausch mit Vertretern der sozialen Bewegungen trat und einen Teil ihrer Führungsspitzen kooptierte. Nur zweieinhalb Jahre nach den Aufständen von 2001 lagen die Zustimmungsraten für den Präsidenten bei 75%, er konnte auf die Unterstützung der gewerkschaftlichen Dachverbände, der Menschenrechtsorganisationen, großer Teile der Mittelschicht und eines beträchtlichen Teils der *piquetero*-Bewegung zählen (Petras/Veltmeyer 2005: 29).

Für die Bewegungen selbst hatte die Strategie des Präsidenten unterschiedliche Folgen. Einerseits wurden viele ihrer Forderungen erfüllt und manche politischen Aktivisten gelangten in staatliche Ämter. Andererseits vertieften sich die Gräben zwischen den kooperationsbereiten und den radikaleren Organisationen, interne politische Differenzen und Führungsstreitigkeiten nahmen zu.

3.1 Die Piquetero-Bewegung nach 2001

Mit der Übernahme der Präsidentschaft durch Eduardo Duhalde im Januar 2002 begann für die *piquetero*-Bewegung eine Neupositionierung in der politischen Landschaft. Die neue Regierung setzte auf eine Fragmentierung der Organisationen, indem sie mit einigen Verhandlungen begann und auf andere mit repressiven Maßnahmen reagierte. Zugleich verkündete die Ad-

ministration ein neues staatliches Nothilfeprogramm (*Plan Jefes y Jefas de Hogar*), das eine deutliche Erhöhung der Sozialleistungen sowie eine Beteiligung von gesellschaftlichen Akteuren an der Verwaltung dieser Programme vorsah, zum Beispiel durch Konsultativräte. Ein zentraler Unterschied zu früheren sozialpolitischen Maßnahmen war die Reichweite des Programms. Während zuvor kaum mehr als 100.000 Arbeitslose staatliche Unterstützung erhalten hatten, steigerte sich die Zahl der Empfänger auf 500.000 im April 2002, 1,8 Mio. im September des Jahres und fast 2 Mio. im April 2003. Mit dem Programm gelang es der Regierung einerseits, die soziale Not zu lindern und die Wirtschaft wieder anzukurbeln, gleichzeitig konnten damit aber auch etablierte Patronagestrukturen der peronistischen Partei auf lokaler und provinzieller Ebene bedient werden. Durch die Einrichtung der Konsultativräte war es der Regierung zudem möglich, einen Teil der *piquetero*-Bewegung, der Gewerkschaften sowie die beiden größten Arbeitslosenorganisationen zu kooptieren (Wolff 2008: 159ff.).

Bei den Präsidentschaftswahlen im April 2003 erwarteten die *piquetero*-Organisationen, dass sie ihr soziales Mobilisierungspotenzial auf Kosten der traditionellen politischen Akteure in Wählerstimmen würden umsetzen können. Die Wahlen zeigten jedoch, dass die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin auf die Politiker der traditionellen Parteien setzte. 65% der Wähler entschieden sich für einen der beiden peronistischen Kandidaten, unter ihnen neben dem späteren Präsidenten Néstor Kirchner auch Carlos Menem, der eigentliche Verantwortliche für die der Krise vorausgegangenen Umstrukturierungsprozesse der 1990er Jahre. Mit der Übernahme der Präsidentschaft durch Néstor Kirchner büßten die *piquetero*-Organisationen nach und nach einen großen Teil des politischen Protagonismus ein, der sie in den vorausgehenden Jahren ausgezeichnet hatte. Ein Teil der Bewegung unterstützte die neue Regierung, ein Teil wandte sich gegen sie. Dabei setzte Präsident Kirchner auch auf den traditionellen peronistischen Klientelismus:

Die Piqueteros sind in den 1990er Jahren nicht zuletzt deshalb entstanden, um sich gegen diese Praxis des Klientelismus zu wehren. Sie haben es auch geschafft, Alternativen für Erwerbslose anzubieten. Dass sie jedoch durch die von ihnen mitverwalteten Sozialprogramme Strukturen aufgebaut haben, die dem peronistischen Klientelismus ähneln, erleichtert wiederum Präsident Kirchner seine Strategie, ganze Piquetero-Organisationen zu kooptieren. So konnte er in den ersten zweieinhalb Jahren seiner Amtszeit bereits etwa die Hälfte der Erwerbslosenbewegung auf seine Seite ziehen. Die Führungspersonen dieser Organisationen besetzen inzwischen Posten in Ministerien, und die Basis der Kirchner-Piqueteros blockierte im März 2005 Shell-Tankstellen, nachdem der

Präsident aufgrund einer Preiserhöhung zum Boykott aufgerufen hatte. (Gold 2005)

Die Regierung verfügte damit nicht nur über “ihre” *piqueteros*, die zu politischen Zwecken mobilisiert und instrumentalisiert werden konnten, sie änderte auch die Strategie gegenüber denjenigen, die sich nicht integrieren ließen. Indem sie auf direkte staatliche Repression verzichtete und bei ungewünschten Straßenblockaden die Gerichte bemühte, verlagerte sie die Auseinandersetzung auf eine juristische Ebene. Die kämpferischsten Gruppen wurden im Laufe der Zeit isoliert und an den Rand gedrängt, ihre Aktionen stießen auch bei den Massenmedien und in der öffentlichen Meinung auf immer weniger Rückhalt (Pereyra 2008: 83ff.; Petras/Veltmeyer 2005: 43ff.).

3.2 Die Gewerkschaften nach der Krise

Im Zuge der neoliberalen Reformen der 1990er Jahre kam es zu einer deutlichen Schwächung der Gewerkschaften. Auch während der Krise von 2001/2002 sah es zunächst so aus, als ob diese ihren gesellschaftlichen Einfluss auf Dauer eingebüßt hätten. Ihr Betätigungsfeld – die Arbeitswelt – schien nicht mehr im Zentrum der sozialen Konflikte zu stehen, das sich sehr viel stärker in den informellen Bereich verlagert hatte.

Inzwischen hat sich diese Situation wieder deutlich verändert. Mit der wirtschaftlichen Erholung des Landes ist es seit Mitte des Jahrzehnts in großen Teilen der Industrie und des Dienstleistungssektors wieder verstärkt zu gewerkschaftlichen Aktionen gekommen. Die Gewerkschaften – oder zumindest ein Teil von ihnen – haben ihre Mobilisierungsfähigkeit wiedergewonnen. Wenn die Arbeiterbewegung im Zuge der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation wieder aktiver auftreten konnte, so hing dies ganz entscheidend damit zusammen, dass sie – im Unterschied zu ihren Pendants in einigen anderen lateinamerikanischen Ländern – ihre organisatorische Durchschlagskraft auch in den Zeiten des Neoliberalismus nicht gänzlich eingebüßt hatte.

Innerhalb der Gewerkschaftslandschaft ist es allerdings zu Verschiebungen gekommen. Zu den Verlierern der wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesse gehörten Branchen wie die Zucker-, Textil- und Papierindustrie und der metallverarbeitende Sektor, die ganz besonders unter der Deindustrialisierung zu leiden hatten. In diesen traditionellen Hochburgen der Gewerkschaften führten die sozio-ökonomischen Transformationsprozesse auch zu sinkender Organisations- und Konfliktfähigkeit der Arbeitnehmerorganisationen. Demgegenüber gewannen andere Wirtschaftssektoren an Bedeutung,

beispielsweise die Erdöl- und Erdgasproduktion und die Lebensmittelproduktion. Die Gewerkschaften dieser Sektoren entwickelten einen wachsenden Aktivismus. Andere Sektoren – beispielsweise die Lehrer, die Bankangestellten oder die in der Luftfahrt Beschäftigten – bewahrten sich ihre traditionell kämpferischen Positionen.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den formalen Sektoren der argentinischen Volkswirtschaft ist – gerade auch im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern – nach wie vor hoch, er lag gegen Mitte des Jahrzehnts bei durchschnittlich 37%. Zudem sind die gewerkschaftlichen Aktivitäten auch für die nichtorganisierten Arbeiter im formalen Sektor insofern wichtig, als die von den Gewerkschaften ausgehandelten Vereinbarungen für alle Arbeiter gelten, auch für diejenigen, die keiner Gewerkschaft angehören (Etchemendy/ Berins Collier 2007: 375).

Ein neuer Protagonismus der Gewerkschaften wurde auch dadurch begünstigt, dass die Regierung Kirchner sich aufgrund ihrer anfänglichen Legitimationsdefizite aktiv um eine Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmervertretungen bemühte. Dabei suchte sie jedoch nicht in erster Linie die Nähe zu demjenigen Dachverband, der ihr ideologisch eigentlich am nächsten gestanden hätte – der CTA – sondern sie forcierte die Zusammenarbeit mit der CGT. Die CTA spielte demgegenüber bei den Lohnverhandlungen und gewerkschaftlichen Mobilisierungsprozessen der vergangenen Jahre eine untergeordnete Rolle. Die Führungsspitze der wichtigsten Arbeitslosenbewegung arbeitete nicht mehr in der CTA-Führung mit, sondern schloss sich der Kirchner-Regierung an (Etchemendy/Berins Collier 2007: 369).

Aufgrund der strategischen Entscheidung zugunsten der CGT hielt sich die Regierung bei von der CGT geführten Arbeitskonflikten zurück, indem sie auf die rein rechtlich vorhandene Möglichkeit der Zwangsschlichtung wiederholt verzichtete und damit die Position des Gewerkschaftsdachverbandes gegenüber den Unternehmerverbänden stärkte.

Etchemendy/Berins Collier charakterisieren den Typus gewerkschaftlichen Handelns, der sich im liberalisierten Argentinien nach dem Ende der Importsubstituierenden Industrialisierung und der neoliberalen Transformation herausgebildet hat, als "segmentierten Neokorporatismus". Von Segmentierung ist insofern die Rede, als die Gewerkschaften nicht einmal 40% der Erwerbsbevölkerung repräsentieren. Dabei handelt es sich nicht um diejenigen, die am stärksten durch die wirtschaftliche und soziale Krise in Mitleidenschaft gezogen wurden – die Arbeitslosen und die Angehörigen des informellen Sektors –, sondern um die relativ privilegierten Angehörigen des

formalen Sektors. Im Unterschied zum früheren peronistischen Staatskorporatismus war die Arbeiterbewegung zwar mit der Regierung Kirchner verbündet, sie wurde aber nicht von oben kontrolliert. Einem neokorporatistischen Muster entspricht das Verhältnis zwischen den Tarifpartnern, da in vielen Branchen seit Mitte des Jahrzehnts wieder Lohnverhandlungen auf nationaler Ebene stattfanden, bei denen nationale Gewerkschaftsführer sowie Vertreter der Unternehmerverbände und der Regierung sektorweite Lohnerhöhungen aushandelten und Mindestlöhne beschlossen. (Etchemendy/Berins Collier 2007: 364f.).

Gegenüber den 1990er Jahren, in denen es nur wenige Kollektivverhandlungen gab, ist dies eine deutlich veränderte Situation. Damals zogen es die Gewerkschaften angesichts der wirtschaftlichen Rationalisierungsprozesse vor, auf Kollektivverhandlungen zu verzichten. Da sich die existierenden Verträge automatisch verlängern, wenn keine neuen ausgehandelt werden, war dies in Zeiten gewerkschaftlicher Schwäche die rationalste Entscheidung. Die Verhandlungen der vergangenen Jahre wurden zwar – wie dies das reformierte Arbeitsrecht seit den 1990er Jahren zulässt – sehr oft auf Betriebsebene geführt, aber in 80% der Fälle waren die nationalen Gewerkschaftsführungen an den Verhandlungen beteiligt. Im Unterschied zu den 1990er Jahren handelt es sich inzwischen bei den meisten Arbeitskonflikten wieder um genuin ökonomische Konflikte, bei denen es um Lohn- und Gehaltsforderungen geht. Politische Motive spielen demgegenüber eine weitaus geringere Rolle. Dies belegen auch die offiziellen Zahlen des Arbeitsministeriums, die aus Tabelle 1 ersichtlich sind. Anders als von Etchemendy/Berins Collier konstatiert, zeigen diese Daten auch, dass die meisten Arbeitskonflikte mit Streiks nach wie vor im öffentlichen Sektor stattfinden. Die häufigsten Streiks gab es 2009 in der öffentlichen Verwaltung (334), im Gesundheitssektor (159) und im Bildungsbereich (112). Dagegen fanden in der verarbeitenden Industrie nur 71 Streiks statt, im Transportsektor 107.

Tabelle 1: Arbeitskonflikte mit Streiks 2006-2009

	2006	2007	2008	2009
Arbeitskonflikte insgesamt	770	838	840	874
Arbeitskonflikte im öffentlichen Sektor	475	548	537	560
Arbeitskonflikte im Privatsektor	309	298	324	338
Anzahl der Streikenden	1,2 Mio.	1,1 Mio.	1,9 Mio.	1,6 Mio.
Streiktage	6,3 Mio.	8,4 Mio.	8,6 Mio.	9,3 Mio.
Motiv Lohnforderungen	66%	66%	69%	70%
Andere Motive	34%	34%	31%	30%

Quelle: Ministerio de Trabajo, Empleo y Seguridad Social 2010.

3.3 Regierung und Unternehmer

Durch ihre neo-desarrollistische Wirtschaftspolitik konnte die Regierung Kirchner die wirtschaftliche Situation des Landes stabilisieren, was ihr auch von Seiten der Unternehmer viel Unterstützung einbrachte. Der größte Industrieverband des Landes, die *Unión Industrial Argentina*, begrüßte die Industrie-, Wechselkurs- und Geldpolitik des Präsidenten und seine Strategie gegenüber den internationalen Gläubigern. Seinen Kritikern in der Privatwirtschaft gegenüber begegnete Kirchner von Anfang an mit einem Konfrontationskurs, er warf ihnen vor, von den Privatisierungen unter Menem in den 1990er Jahren profitiert zu haben und nur an ihre eigenen Profite zu denken, während es jetzt darum gehe, einen "ernsthaften Kapitalismus" auf die Beine zu stellen (Gerchunoff/Aguirre 2004).

Das Klima der Konfrontation zwischen der Regierung und den Kritikern in der Privatwirtschaft verstärkte sich noch seit dem Amtsantritt von Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner Ende 2007. Im Jahr 2008 kam es zu einer mehrmonatigen Auseinandersetzung zwischen der Regierung und den Agrarverbänden wegen einer von der Regierung dekretierten hohen Anhebung der Abgaben auf die Erlöse aus landwirtschaftlichen Exporten (Fair Rzezak 2008). Im Jahr 2010 eskalierte die Auseinandersetzung zwischen der Präsidentin und dem Medienkonzern *Clarín* (Schumann 2010).

4. Schlussbetrachtung

Seit der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1983 ist es in Argentinien zu grundlegenden Veränderungen im Hinblick auf die Formen der gesellschaftlichen Mobilisierung gekommen. Zum einen haben sich die Rahmenbedingungen in mehrfacher Hinsicht geändert. Zwar kam es zu zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Krisen, aber weder zu Umsturzversuchen noch zu militärischen Interventionen in die Politik. Zugleich führte die bereits während der Diktatur eingeleitete und später von der Regierung Menem vertiefte neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik zu substantiellen Veränderungen des Verhältnisses zwischen Staat und Markt, zu einem grundlegenden Wandel der Sozialstruktur und zu vielfältigen Veränderungen im Bereich der Arbeitswelt. All dies wirkte sich auch auf die Formen der sozialen Mobilisierung aus. Die Gewerkschaften spielen als politischer Akteur heute keine zentrale Rolle mehr, in ihrer Rolle als Arbeitnehmervertretung haben sie sich jedoch eine beachtliche Stärke erhalten können.

Seit der Endphase der letzten Diktatur sind zahlreiche neue soziale Bewegungen entstanden, die zumindest phasenweise eine wichtige Rolle spielten. Die Vitalität der argentinischen Zivilgesellschaft zeigte sich in den vergangenen Jahren erneut in der Herausbildung von Umweltorganisationen, die in verschiedenen Teilen des Landes gegen die Aktivitäten von privaten Minenunternehmen und deren katastrophale Folgen für die Umwelt protestierten. Erneut schlossen sich damit unmittelbar Betroffene und Gleichgesinnte zu Organisationen zusammen, die ihnen gegenüber dem Staat und seinen Repräsentanten Gehör verschaffen und ihnen zur Durchsetzung ihrer Rechte verhelfen sollen.

Trotzdem sind viele Beobachter enttäuscht von den Entwicklungen der letzten Jahre. Im Zuge der Proteste und Mobilisierungsprozesse der Jahre 2001 und 2002 war viel davon die Rede, dass die Krise auch eine Chance zur Etablierung einer alternativen demokratischen Ordnung mit mehr direkter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den zu treffenden Entscheidungen in sich berge. Die sozialen Bewegungen sollten dabei eine zentrale Rolle spielen. Von einem "Epochenwandel" sprach die Soziologin Maristella Svampa in diesem Zusammenhang (Svampa 2008). Warum ist es den Protestierenden nicht gelungen, diese Vorstellungen zu verwirklichen und einen radikalen Elitenwechsel – oder zumindest einen ansatzweisen Elitenwandel – herbeizuführen? Letztlich, so argumentieren Petras/Veltmeyer, verwandelte sich die ursprüngliche Stärke der Protestierenden – Spontaneität, Masse, Autonomie – in eine strategische Schwäche. Es gab nie eine nationale Füh-

rung, die dazu in der Lage gewesen wäre, die diversen Kräfte hinter einem kohärenten Programm zu bündeln (Petras/Veltmeyer 2005: 41). Und weiter schreiben sie:

What clearly was lacking was a unified *political organization* (party, movement, or combination of both) with roots in the popular neighborhoods that was capable of creating representative organs to promote class consciousness and point toward taking state power. (Petras/Veltmeyer 2005: 54)

Die verschiedenen Akteure der Protestbewegung nutzten ähnliche Mobilisierungs- und Diskussionsstrategien und teilten eine Anti-Haltung gegenüber der politischen Klasse (Hochstetler/Friedman 2008). Aber mit der Politik der Regierung Kirchner ging ihnen immer mehr das Feindbild verloren, gegen das sich ihre Aktionen gerichtet hatten. Ein *positiver* Konsens (im Sinne eines gemeinsamen politischen Programms) bestand nicht und konnte auch nicht hergestellt werden. Der *negative* Konsens des „*¡Que se vayan todos!*“ erwies sich auf Dauer jedoch als unzureichend, um den sozialen Bewegungen eine proaktivere Rolle in der argentinischen Politik zu ermöglichen.

Literaturverzeichnis

- Acuña, Claudia et al. (Hrsg.) (2007): *Sin Patrón. Fábricas y empresas recuperadas por sus trabajadores*. Buenos Aires: Lavaca.
- Birle, Peter (1995): *Argentinien. Unternehmer, Staat und Demokratie*. Frankfurt am Main: Vervuert.
- (2000): „Zivilgesellschaft in Südamerika. Mythos und Realität“. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation*. Opladen: Leske und Budrich, S. 231-271.
- (2002a): „Erfolgreiches Wahlbündnis – gescheiterte Regierungskoalition. Entstehung und Zerfall der Alianza-Regierung in Argentinien“. In: *Lateinamerika-Analysen*, 1, 3, S. 93-124.
- (2002b): „Gewerkschaften, Unternehmerverbände und Staat: Der schwierige Abschied vom Klassenkampf durch Mittelsmann“. In: Bodemer, Klaus/Pagni, Andrea/Waldmann, Peter (Hrsg.): *Argentinien heute. Politik - Wirtschaft – Kultur*. Frankfurt am Main: Vervuert, S. 153-182.
- Birle, Peter/Gryglewski, Elke/Schindel, Estela (Hrsg.) (2009): *Urbane Erinnerungskulturen im Dialog: Berlin und Buenos Aires*. Berlin: Metropol.
- Blank, Martina (2009): *Zwischen Protest und trabajo territorial. Soziale Bewegungen in Argentinien auf der Suche nach anderen Räumen*. Berlin: edition tranvía.
- Boris, Dieter/Tittor, Anne (2006): *Der Fall Argentinien. Krise, soziale Bewegungen und Alternativen*. Hamburg: VSA.
- Etchemendy, Sebastián/Berins Collier, Ruth (2007): „Down but Not Out: Union Resurgence and Segmented Neocorporatism in Argentina (2003–2007)“. In: *Politics & Society*, 35, 3, S. 363-401.

- Fair Rzezak, Hernán (2008): "El conflicto entre el gobierno y el campo en Argentina. Lineamientos políticos, estrategias discursivas y discusiones teóricas a partir de un abordaje multidisciplinar". In: *Iberoforum*, III, 6, S. 82-106.
- Gerchunoff, Pablo/Aguirre, Horacio (2004): *La política económica de Kirchner en la Argentina: varios estilos, una sola agenda*. Madrid: Real Instituto Elcano.
- Godio, Julio (2000): *Historia del movimiento obrero argentino 1870-2000*. 2 Bände, Buenos Aires: Corregidor.
- Gold, Birte (2005): "Erkämpfte Ordnung, verordnete Kämpfe. Argentinien's soziale Bewegungen zwischen Selbstorganisation und Klientelismus". In: *iz3w*, 289, S. 13-16.
- Grimberg, Mabel/Fernández Álvarez, María Ines/Carvalho Rosa, Marcelo (Hrsg.) (2009): *Estado y movimientos sociales: estudios etnográficos en Argentina y Brasil*. Buenos Aires: Antropofagia.
- Hochstetler, Kathryn/Friedman, Elisabeth Jay (2008): "Can Civil Society Organizations Solve the Crisis of Partisan Representation in Latin America?" In: *Latin American Politics and Society*, 50, 2, S. 1-32.
- Lobato, Mirta/Suriano, Juan (2003): *La protesta social en la Argentina*. Buenos Aires: Fondo de Cultura Económica.
- Massetti, Astor (2004): *Piqueteros. Protesta social e identidad colectiva*. Buenos Aires: Editorial de las Ciencias.
- Ministerio de Trabajo, Empleo y Seguridad Social (MTEySS) (2010): *Los conflictos laborales de 2009*. Buenos Aires: MTEySS.
- O'Donnell, Guillermo (1979): *Modernization and Bureaucratic-Authoritarianism. Studies in South American Politics*. Berkeley: Institute of International Studies.
- Palomino, Hector (2002): "Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften, Unternehmen und Staat: Akteure und Spielregeln im Wandel". In: Birle, Peter/Carreras, Sandra (Hrsg.): *Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität*. Frankfurt a.M., S. 243-278.
- (2005): "Los sindicatos y los movimientos sociales emergentes del colapso neoliberal en Argentina". In: Garza Toledo, Enrique de la (Hrsg.): *Sindicatos y nuevos movimientos sociales en América Latina*. Buenos Aires: CLACSO, S. 19-52.
- Petras, James/Veltmeyer, Henry (2005): "From Popular Rebellion to 'Normal Capitalism' in Argentina". In: dies.: *Social Movements and State Power. Argentina, Brazil, Bolivia, Ecuador*. London/Ann Arbor: Pluto Press, S. 28-59.
- Pereyra, Sebastián (2008): *¿La lucha es una sola? La movilización social entre la democratización y el neoliberalismo*. Buenos Aires: Biblioteca Nacional.
- Schumann, Peter B. (2010): *Meinungsmache und Meinungsfreiheit. Kampf um Medienmacht in Argentinien*. <<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/einewelt/1259368/>> (8.9.2010).
- Schuster, Federico et al. (Hrsg.) (2005): *Tomar la palabra. Estudios sobre protesta social y acción colectiva en la Argentina contemporánea*. Buenos Aires: Prometeo.
- Svampa, Maristella (2008): *Cambio de época. Movimientos sociales y poder político*. Buenos Aires: Siglo XXI.
- Wolff, Jonas (2008): *Turbulente Stabilität. Die Demokratie in Südamerika diesseits ferner Ideale*. Baden-Baden: Nomos.